



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Demografie
Herrn Dr. Peter Enders, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

15. Februar 2017

In der 9. Sitzung des	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Dagmar Rhein-Schwabenbauer	06131 16-2415
		Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 1617-2415

9. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 8. Februar 2017 hier: TOP 8

Umsetzung der Landesrahmenvereinbarung Prävention Antrag der Fraktion der SPD, Vorlage 17/913

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,

in der 9. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 8. Februar 2017 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Am 21. Juli 2016 hat Rheinland-Pfalz die Landesrahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz unterzeichnet. Damit ist Rheinland-Pfalz das vierte Bundesland, nach Hessen, Thüringen und Sachsen, das sich diesem Auftrag gestellt hat.

Das Präventionsgesetz wurde am 18. Juni 2015 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Mit dem Präventionsgesetz wurde die Grundlage dafür geschaffen, alle Akteure der Gesundheitsförderung und Prävention zusammen zu bringen.

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für sie wahr-
nehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Schießgartenstraße 6 • Fax 06131/164375
Abteilung Sozialversicherungen:
Schießgartenstraße 6 • Fax 06131/165336



So werden neben der gesetzlichen Krankenversicherung auch die gesetzliche Rentenversicherung und die gesetzliche Unfallversicherung, die Soziale Pflegeversicherung sowie die Unternehmen der privaten Krankenversicherung eingebunden.

Das Ziel des Präventionsgesetzes ist es, die Grundlagen für eine stärkere Zusammenarbeit der genannten Akteure für Menschen jeglichen Alters und in den verschiedensten Lebenswelten zu stärken. Denn Gesundheitsförderung und Prävention sollen dort greifen, wo Menschen leben, lernen und arbeiten. Bislang ist jedoch das Problem vieler Präventionsprogramme und gesundheitsfördernder Maßnahmen, dass Menschen in schwierigen sozialen Lagen nicht ausreichend erreicht werden. Deshalb ist die Frage nach der Wirksamkeit und Qualität der jeweiligen Ansätze ein wichtiger Auftrag bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes.

Der Auftakt für die Umsetzung des Präventionsgesetzes fand im Rahmen des ersten Landespräventionskongresses vom 23. bis 24. Januar 2017 in Worms statt. Der Kongress sollte ein Forum bilden, um alle Akteure zu Beginn des Prozesses zusammenzubringen und eine gemeinsame Basis für die weitere inhaltliche Arbeit zu schaffen. Im Rahmen von Symposien zu den verschiedenen Lebenswelten „gesund aufwachsen“, „gesund leben und arbeiten“, „gesund Alt werden“ und auch „gesunde Kommune“, wurden Fachleute für Vorträge und zur Präsentation guter Praxisbeispiele eingeladen. Darüber hinaus gab es auch einen sogenannten „Markt der Möglichkeiten“, auf dem sich Initiativen und Projekte vorstellten und zum gemeinsamen Austausch und zur Netzwerkarbeit einluden.

Mit ca. 300 Kongressteilnehmerinnen und Kongressteilnehmern war dies eine gelungene Auftaktveranstaltung. Positive Beispiele, auch im Hinblick auf eine möglichst frühzeitig ansetzende Präventionsarbeit, stellten dabei das Projekt „MindMatters“ dar, das seinen Fokus auf Aktivitäten zur Förderung der psychischen Gesundheit an Schulen legt oder aber das Projekt „Kita isst besser!“, das sich rund um das Thema gesunde Ernährung in Kindertagesstätten dreht.



Den Abschluss des Kongresses bildete die nun jährlich tagende, rheinland-pfälzische Präventionskonferenz im Rahmen einer öffentlichen Podiumsdiskussion.

Es wurde sehr deutlich, dass sich alle Partnerinnen und Partner für eine konstruktive und offene Zusammenarbeit mit dem Ziel einer gelingenden Präventionsarbeit im Land einsetzen wollen. Mitglieder dieser Landespräventionskonferenz sind die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Landesrahmenvereinbarung.

Zusätzlich zur Landespräventionskonferenz haben sich vier Netzwerke herausgebildet und haben ihre Arbeit aufgenommen. Diese Netzwerke orientieren sich an den Lebenswelten, die auch in der Bundesrahmenvereinbarung genannt sind: „Gesund aufwachsen“, „gesund leben und arbeiten“, „gesund alt werden“ plus ein weiteres Netzwerk, das sich explizit kommunalen Strukturen zur Gesundheitsförderung und Prävention widmet, das Netzwerk „gesunde Kommune“. Zukünftig werden diese Netzwerke quartalsweise zusammenkommen, aber auch über elektronische Medien im ständigen Austausch sein, um landesweite Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention zu entwickeln. Das heißt auch, Bedarfe aufzuzeigen und Empfehlungen für mögliche Schwerpunktthemen zu geben.

Seitens der Sozialversicherungsträger wurde eine Steuerungsgruppe gegründet, die die Zusammenarbeit zwischen diesen koordiniert. Denn ein Schwerpunkt sind Präventionsmaßnahmen und gesundheitsfördernde Maßnahmen, die trägerübergreifend etabliert und umgesetzt werden.

Auch die interministerielle Zusammenarbeit und damit ressortübergreifende Kooperation wird angestrebt. Entsprechend wurde auch hier eine interministerielle Arbeitsgruppe rund um das Thema Gesundheitsförderung und Prävention gegründet. Auch diese hat ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Im Frühjahr 2017 werden die Unterzeichner der Landespräventionsvereinbarung den Landespräventionsausschuss gründen. Dieser wird, über die Mitwirkung an der freiwilligen Netzwerkarbeit in den Lebenswelten hinaus, weiteren Akteure aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention, wie die Kommunalen Spitzenverbände, die



Bundesagentur für Arbeit, aber selbstverständlich auch die Landeszentrale für Gesundheitsförderung, die Unternehmen, die Wohlfahrtsverbände, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, die verantwortlichen Ressorts der Landesregierung und weitere Partner, zur Beratung und zum Zusammenwirken einbeziehen. Grundsätzlich soll der Präventionsausschuss die Vorbereitung der Präventionskonferenz übernehmen und hat eine Beiratsfunktion.

Das Land Rheinland-Pfalz ist - auch im Ländervergleich - zügig in die Umsetzung des Präventionsgesetzes eingestiegen und kann von einem gelungenen Auftakt sprechen.

Der Fokus der Landesrahmenvereinbarung liegt auf übergreifenden Präventionsaktivitäten - dafür schafft die Landesregierung gerade den notwendigen Strukturaufbau. Wir haben uns darauf verständigt, künftig verstärkt Menschen in schwierigen sozialen Lagen in den Blick zu rücken, denn der Einfluss der sozialen Lage auf den Gesundheitszustand ist vielfach belegt. Menschen in einer schwierigen sozialen Situation haben meist erhöhte Gesundheitsrisiken bei gleichzeitig geringeren Gesundheitschancen. Hier wird die Landesregierung konkrete Projekte in den Kommunen fördern und die vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie unterstützten Gesundheitsteams weiterentwickeln. Auch die Rolle von Klein- und Kleinstbetrieben muss gestärkt werden, dass ist eine wichtige Erkenntnis, die im Kongress auch betont wurde. Als Themenschwerpunkte zeigten sich beispielsweise auch die grundlegende Bedeutung einer ausgewogenen Ernährung sowie die Stärkung der seelischen Gesundheit. Zusammen mit den weiteren verantwortlichen Partnern hält die Landesregierung es für wichtig neue Akzente zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Bätzing-Lichtenthaler